

# Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 8. Plenumsitzung vom 16. März 2011

19.30 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

---

**Anwesend**                      Ratspräsident Thomas Fässler  
31 Ratsmitglieder  
Ratssekretärin Ida Hofstetter      Protokoll  
Ratsweibelin Lydia Schuma-  
cher

**entschuldigt**                      vier Ratsmitglieder

## Präsenz der Exekutivbehörde

**Stadtrat**                      Harald Huber                      Stadtpräsident  
Didier Falbriard                      Sicherheit und Gesundheit  
Stephan Herzog                      Jugend und Sport  
Walter Müller                      Finanzen  
Astrid Romer Schneiter                      Bau und Planung  
Susy Senn                      Soziales  
Patrick Stutz                      Werkbetriebe

**Stadtschreiber**                      Alexandre von Rohr

**Schulpflege**                      Rita Rapold                      Schulpräsidentin

## **1. Mitteilungen**

## **2. Allgemeine Fragestunde**

2.1 Schriftliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

2.2 Mündliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

## **3. Einbürgerungsgesuche**

## **4. Legislaturziele 2010 – 2014 (SRB 299/2010)**

Beratung und Kenntnisnahme

## **5. Volksinitiative Schulsozialarbeit (SRB 332/2010)**

Antrag des Stadtrates, die Volksinitiative „Für eine flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit“ abzulehnen und die Weisung zur Urnenabstimmung zu verabschieden

## **6. Kiss and Ride**

Postulat von Peter Werder und 12 Mitunterzeichneten betr. Kiss and Ride beim Bahnhof Adliswil, Begründung

## **7. Waffen in Adliswil (SRB 38/2011)**

Beantwortung der Interpellation von Simon Jacoby und Davide Loss betr. Waffen in Adliswil

## **8. Papierverbrauch in der Stadtverwaltung**

Interpellation von Davide Loss und Simon Jacoby betr. Papierverbrauchs in der Stadtverwaltung, Begründung und mündliche Beantwortung

## 1. Mitteilungen

### 1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Gabi Barco Greiner: Ferien; Karin Hug und Davide Loss: berufliche Verpflichtung; Stefan Winter: private Verpflichtung.

### 1.2 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates

Die Beschlüsse des Gemeinderates von der Sitzung vom 2. Februar 2011 haben Rechtskraft erlangt.

### 1.3 Überweisung an die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Am 21. Dezember wurde überwiesen:

Anträge des Stadtrates auf

- Ablehnung der Volksinitiative „Für eine flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit“
- Verabschiedung der beiliegenden „Weisung zur Urnenabstimmung vom xx.xx.2011 - Für eine flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit“ zuhanden der Urnenabstimmung vom xx.xx.2011

Am 8.2.2011 wurde überwiesen:

Anträge des Stadtrates auf

- Genehmigung der Änderungen in der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Adliswil vom 2. März 1997 gemäss Ziff. IV der beiliegenden Weisung
- Verabschiedung der beiliegenden „Weisung zur Urnenabstimmung vom 4. September 2011 - Für die Übertragung der Zuständigkeit zur Erteilung des Bürgerrechts an eine Bürgerrechtskommission - Änderung der Gemeindeordnung“ zuhanden der Urnenabstimmung vom 4. September 2011
- Abschreibung der diesbezüglichen Motion

Am 22.2.2011 wurden überwiesen:

Anträge des Stadtrates auf

- Festsetzung der Entschädigung für die Friedensrichterin
- entsprechende Änderung des Statuts über die Entschädigung an Behörden und Funktionäre

Anträge des Stadtrates auf

- Nicht-Erheblicherklärung und Abschreibung der GB-Motion betr. Produktgruppe Versorgung
- Nicht-Erheblicherklärung und Abschreibung der GB-Motion betr. Jugendarbeit
- Nicht-Erheblicherklärung und Abschreibung der GB-Motion betr. Freizeitanlage
- Nicht-Erheblicherklärung und Abschreibung der GB-Motion betr. Aufwand-

reduktion um 2 Millionen Franken

- Nicht-Erheblicherklärung und Abschreibung der GB-Motion betr. Entwicklungshilfe
- Abschreibung der GB-Motion betr. Betreutes Wohnen, da diese erfüllt ist.

Eine GB-Motion wurde aufgrund des Inhalts zur Prüfung an die Sachkommission überwiesen, ebenfalls am 22.2.2011:

- Antrag der Schulpflege auf Erheblicherklärung der GB-Motion betr. Betreuung

#### 1.4 Mitteilungen aus dem Stadtrat

**Stadtrat Walter Müller:**

Der Stadtrat hat gestern die Rechnung 2010 abgenommen. Das Ergebnis ist erfreulich: Es war ein Defizit von 1,1 Mio. Franken geplant, die Rechnung schliesst nun mit einem Einnahmenüberschuss von 1,5 Mio. Franken ab. Das sind 2,6 Mio. Franken besser als budgetiert, und dies erst noch ohne ausserordentliche Einnahmen. Die weiteren Details können Sie dann der Rechnung entnehmen.

#### 1.5 Fraktionserklärungen

**Ruedi Bräuer, FW:**

Unser Parlament ist ein Milizparlament - die Mitglieder erfüllen diese Arbeit in der Freizeit. Nach langen Arbeitstagen möchte man darum die Beratungen kurz, effizient und zielgerichtet durchführen können. Nun kommt es - im Vorfeld von Abstimmungen und Wahlen vermehrt - vor, dass Anfragen auf den Tisch flattern, die hauptsächlich das Ziel haben, den Anfragenden bzw. seine Fraktion ins Gespräch zu bringen, wozu das gewählte Thema, weil unwichtig oder für das Gemeinwohl irrelevant, lediglich Mittel zum Zweck ist. Die Beantwortung von solch unnützen Anfragen bindet Ressourcen in der Verwaltung, welche sicherlich auch nutzbringender eingesetzt werden könnten. Wir möchten keineswegs als Anti-Demokraten auftreten, weil wir gewisse Geschäfte nicht mehr auf der Traktandenliste sehen möchten. Wir wollen aber verhindern, dass

- unser Parlament als Propagandaplattform missbraucht wird
- die Verwaltung unnötig belastet wird durch Formulieren von Auskünften wie „die Frage kann wegen fehlenden Grundlagen nicht beantwortet werden“
- unnötig Zeit in Parlament und Exekutive vertrödelt wird

Dafür wollen wir bewirken, dass zielgerichtet politisiert wird. In diesem Sinne bitten die Freien Wähler darum, vor dem Schreiben von Anfragen zu prüfen, ob relevante Antworten möglich sind, ob diese zur Verbesserung irgendeines Zustandes beitragen und ob sie auch andere interessieren könnten. Damit liesse sich neben Zeit und Geld auch viel Papier sparen.

#### 1.6 Protokoll

Zum Ratsprotokoll vom 2. Februar 2011 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gilt dieses Protokoll als genehmigt.

Der **Ratspräsident** weist auf Folgendes hin:

An der letzten Ratssitzung hat Yannick Wettstein beim Geschäft „Kosten-deckende Einbürgerungsgebühren“ im Kontext mit seinen zwei Änderungsanträgen u. a. gesagt: „Ich bringe das ein, weil der Stadtrat einen formulierten Antrag nachträglich nicht ändern kann.“ Dass dem nicht so ist, wurde Ihnen auf dem Mailweg mitgeteilt.

### 1.7 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am 6. April 2011 statt. U. a. sind Bericht und Antrag des Stadtrates auf die Globalbudget-Motionen geplant.

### 1.8 Traktandenliste

**Carmen Marty:**

Im Namen der SP-Fraktion stelle ich den Antrag, Traktandum 8 auf die nächste Sitzung zu verschieben, da der Erstunterzeichner heute nicht anwesend sein kann. Davide Loss würde die mündlichen Antworten sehr gerne persönlich hören, deshalb bitten wir alle Ratsmitglieder, unseren Verschiebungsantrag zu unterstützen.

Der **Ratspräsident** ernennt infolge Abwesenheit der Stimmzählerin Karin Hug Hanspeter Clesle als Ersatzstimmzähler.

### **Beschluss**

Die Anwesenden stimmen dem Antrag der SP-Fraktion zu.

## 2. Allgemeine Fragestunde

### 2.1 Schriftliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

**Clemens Ruckstuhl:**

Nach meinem Wissen werden in der Stadt Adliswil für die Sanierung einer Brenneranlage z. B. von einem alten unwirtschaftlichen Brenner auf einen sparsamen Low Nox Brenner verschiedene Kontroll- und Bewilligungsgebühren erhoben. Bei einer Brenneranlage in einem Einfamilienhaus sind dies ca. Fr. 420.--. In den meisten anderen, ähnlichen Gemeinden sind diese Kosten viel tiefer oder es fallen für den Eigentümer gar keine Kosten an. Auch wird in den meisten anderen Gemeinden des Kantons ein einfacheres und für den Eigentümer günstigeres Kontrollwesen angewendet als in Adliswil, das sogenannte Feuerungsmodell 2. Adliswil kontrolliert nach dem für die Administration und den Hauseigentümer aufwändigeren System, nach dem sogenannten Feuerungsmodell 1.

1. Warum sind diese Gebühren in Adliswil so hoch? 2. Warum wird in Adliswil das Kontrollmodell 1 angewendet und nicht wie in den meisten anderen Gemeinden das Modell 2, das für alle Beteiligten effizientere Modell? 3. Als Energiestadt macht es doch Sinn, die Anreize für Sanierungsmassnahmen von Feuerungsanlagen durch tiefe Gebühren zu fördern, sind in Adliswil Bestrebungen in diese Richtung im Gange?

**Stadträtin Astrid Romer:**

Bei der Sanierung einer Feuerungsanlage gibt es drei Schritte:

1. Es braucht einen Bauentscheid, das ist ein amtliches Vorgehen der Stadt Adliswil. 2. Nach der Sanierung erfolgt eine Bauabnahme, ebenfalls ein amtliches Vorgehen. 3. Für diesen Schritt ist das Ressort Sicherheit und Gesundheit zuständig. Dabei wird der Wirkungsgrad gemessen, das sind obligatorische Kontrollen, die regelmässig durchgeführt werden müssen. Die Gebühren erheben wir für die beiden ersten Schritte, und die basieren auf dem kantonalen „Gesetz für Gebührenerhebung“. Die genauen Gebühren stehen auf dem Tarifblatt, herausgegeben von der kantonalen Baudirektion. Die Stadt Adliswil hält sich an diese Tarife. Beim dritten Schritt ist die erste Routinekontrolle auch eine Amtshandlung, d. h. sie wird durch unseren Feuerungskontrolleur ausgeführt. Für die nachfolgenden obligatorischen Kontrollen, die alle zwei Jahre durchgeführt werden müssen, können die Hauseigentümer wählen, ob sie den städtischen Kontrolleur oder eine anerkannte Fachfirma beauftragen möchten. Wenn eine anerkannte Fachfirma gewählt wird, geht das unter „Feuerungsmodell 2“. Bei uns ist dieses Modell schon seit 2004 möglich. Die Behauptung, dass die Kosten in anderen Gemeinden tiefer sind, irritiert mich, denn wir halten uns an die vorgegebenen Tarife. Im Übrigen ist das Modell 2 teurer als das Modell 1, dies widerspricht der Aussage von Clemens Ruckstuhl. Bezüglich Anreize schaffen haben wir auch von Ihnen schon verschiedene Ideen erhalten und geprüft. Aber über die Gebühren von Feuerungsanlagen diskutiert der Stadtrat nicht, weil wir von Ihnen den Auftrag erhalten haben, einen möglichst hohen Kostendeckungsgrad zu erreichen.

**Clemens Ruckstuhl:**

Die Information, nach welchen Feuerungsmodellen Adliswil kontrolliert, habe ich aus der kantonalen Homepage. Im weitem liegt mir auch eine Faktura eines Hauseigentümers vor, bei der das Kontrollmodell 1 verrechnet wurde.

**Peter Bühler:**

Wie ist der Stand der Planung bei der Pflegewohngruppe "Wohnen am Bad"? Wann werden vermutlich die ersten Leute in die Pflegewohngruppe einziehen können?

**Stadträtin Susy Senn:**

Zur 1. Frage: Die räumliche Planung sowie die Berechnung von Aufwand und Ertrag für die Pflegewohngruppen sind abgeschlossen. Der Antrag für die Errichtung neuer Pflegeplätze in der Überbauung „Wohnen am Bad“ sowie für die Miete der entsprechenden Räumlichkeiten wurde gestern im Stadtrat gutgeheissen. Der Antrag wird nun an den Gemeinderat überwiesen und anschliessend dem Volk zur Abstimmung an der Urne vorgelegt. Diverse Verzögerungen haben dazu geführt, dass der Antrag nicht schon im letzten Jahr erfolgen konnte. Hauptgrund ist, dass die Auswirkungen der neuen Pflegefinanzierung auf Aufwand und Ertrag bis Ende Jahr unklar gewesensind. Angaben in der Weisung zur Urnenabstimmung, die der Stadtrat und der Gemeinderat zuvor beschlossen hätten, wären am Tag der Abstimmung nicht mehr gültig gewesen. Zur 2. Frage: Die Überbauung „Wohnen am Bad“ wird zirka im September grundsätzlich fertig gestellt sein, der Ausbau zur Pflegewohngruppe kann nach erfolgreicher Urnenabstimmung bis Ende Jahr erfolgen. Vorbehältlich der Zustimmung von Gemeinderat und Volk sollte die Pflegewohngruppe ab Januar 2012 bezugsbereit sein. Geplant ist, die Wohngruppe als Aussenwohngruppe des Alters- und Pflegeheim zu führen, also nicht als eigenständige Pflegewohngruppe.

**Hanspeter Clesle:**

In Adliswil wird seit zirka sieben Jahren der Sexualunterricht in drei Blöcken ausschliesslich von externen Fachleuten erteilt. Der erste Block wird bereits in der ersten Klasse, der zweite Block in der vierten Klasse und der letzte Block in der I. Oberstufe unterrichtet. In diesen Lektionen dürfen weder Eltern noch Lehrpersonen anwesend sein, was Fragen aufwirft. Vorerst aber folgende Fragen: Warum wird der Sexualunterricht von externen Sexualpädagogen und nicht von den Klassenlehrpersonen unterrichtet? Wie hoch sind die dadurch anfallenden Mehrkosten?

**Schulpräsidentin Rita Rapold:**

Seit 2004 werden für den Bereich „Körperlichkeit und Prävention“ im Lehrplanbereich „Mensch und Umwelt“ externe Fachpersonen für einzelne Unterrichtsblöcke beigezogen. Die Schulpflege stellte damals fest, dass Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Körperlichkeit, Sexualität, Nähe und Distanz, Selbstwert, Beziehungen usw. wenig sensibilisiert waren und unzureichende Sachkenntnis hatten. Körperliche Übergriffe, ungewollte Schwangerschaften, ungerechtfertigte Anschuldigungen gegenüber Lehrpersonen, Unverständnis von Begriffen und offensive Präsentation des eigenen Körpers waren Ausdruck davon. Diesen Tatsachen wollte man mit gezielten Unterrichtseinheiten begegnen. Dafür sind jährlich 80'000 Franken budgetiert. Die externen Fachpersonen sind speziell in Sexualpädagogik ausgebildet, verfügen damit über ein fundiertes Fachwissen und können Fragen aus dem Themenbereich kompetent beantworten. Der Blockunterricht ergänzt den Unterricht der Klassenlehrpersonen, welche das Thema situationsbezogen und in einzelnen Unterrichtssequenzen entsprechend ihrem allgemeinen Wissensstand weiter pflegen. Die regelmässigen Evaluationen und Befragungen bestätigen, dass Schülerinnen und Schüler bei diesem sensiblen Thema schätzen, mit externen Fachpersonen ein offenes Gespräch führen zu können, wogegen sie bei den Klassenlehrpersonen oft sehr zurückhaltend sind

und gewisse Fragen gar nicht stellen. Die Erfahrung zeigt auch, dass die vor sieben Jahren festgestellten Probleme merkbar abgenommen haben. Die angestrebte präventive Wirkung ist eingetreten. In anderen Gemeinden wurden in letzter Zeit aufgrund von gravierenden Vorfällen zunehmend vertiefte sexualpädagogische Unterrichtseinheiten eingeführt. Das Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich hat eine eigene Fachstelle für Sexualpädagogik, welche Unterrichtseinheiten durchführt. Auch in anderen Unterrichtsbereichen sind übrigens zusätzlich Fachpersonen im Einsatz, so z. B. zu den Themen Sucht und Gewalt, im Schwimmunterricht, in der Verkehrserziehung, im Abfallunterricht, in der Berufswahl und Berufsfindung.

**Thomas Iseli:**

Meine Fragen sprengen den üblichen Rahmen, und die dafür nötigen Abklärungen sind zeitintensiv. Deshalb hat mir Stadtpräsident Harald Huber im Vorfeld eine schriftliche Beantwortung zugesichert. Der Tüfi-Parkplatz ist per heute noch in Betrieb, aber man sieht, dass etwas im Tun ist. Wenn man weiter zur Tüfi hochgeht, hat es rechts einen zirka 4 m grünen Streifen mit Bäumen gegeben, allgemein nutzbar. Heute haben wir noch einen Streifen von zirka 40 cm, dann folgt eine Wand mit Quadern von zirka 150 auf 60 cm. Wenn man davor steht, sieht man nicht darüber hinaus. Ich möchte wissen, wie dies zustande gekommen ist. Die schriftlich eingereichten Fragen lauten:

- Wem gehört das Land, auf welchem die Trennwand aus „Legosteinen“ bei der Zufahrt zur Tüfi zur Abtrennung der benachbarten Gewerbezone erstellt wurde?

Hat hier ein Landverkauf bzw. Landabtausch stattgefunden? Wenn ja, warum und wer hat diesen bewilligt? Der Landstreifen beträgt sicherlich 4 m und ist sicher 50 m lang.

- Hat man hier eine Umzonung vorgenommen (heute privatrechtliche Nutzung, früher öffentliche Zone)? Wenn ja, wer hat diese bewilligt? Wer hat den Bau der Trennwand bewilligt? Die Wand ist sicher höher als 1,2 m und daher bewilligungspflichtig. Was gedenkt der Stadtrat, in dieser Sache weiter zu unternehmen? Wie soll die Auffahrt zur Turnhalle nach Beendigung der gesamten Arbeiten aussehen?

**Stadtrat Walter Müller:**

Weil die Fragen drei Ressorts betreffen, brauchen wir etwas Zeit. Ich kann aber sagen, dass eine Baueingabe und -Bewilligung erfolgt ist. Wenn alle Antworten vorliegen, werden wir sie schriftlich abgeben.

Wie Thomas Iseli bereits erwähnt hat, läuft der Rückbau der Parkplätze, und die Fläche wird wieder begrünt. Der Termin für die Abnahme des Geländes wurde mit dem verantwortlichen Unternehmen auf den 30.3.11 festgelegt.

**Farid Zeroual:**

Gemäss Protokoll der Ratssitzung vom 2. Februar 2011 auf Seite 202 hat der Stadtrat geplant, die alten Liegenschaften der Stadt Adliswil nach dem Umzug des Betriebsamtes abzurechen. Dies wird zirka im April sein. Erfolgt somit der Abbruch ab April 2011 oder in welchem Monat genau? Welche Kosten entstehen voraussichtlich durch den Abbruch? Welche Kosten verursacht die Erstellung des provisorischen Parkplatzes auf dem Areal? Wie werden die erforderlichen Kredite bewilligt, und wie werden die Kosten in der Rechnung 2011 gebucht? Da die Informationen nicht aus dem Budget Adliswil 2011 hervorgehen, danke ich bestens für die Beantwortung in diesem Rahmen.

**Stadtrat Walter Müller:**

Es ist geplant, dass das Betriebsamt am 18. April 2011 umzieht und dass nach Ostern - in der letzten Aprilwoche - mit dem Abbruch gestartet wird. Die Submission sowie die Offertöffnung für den Abbruch sind erfolgt, das günstigste Angebot liegt bei rund Fr. 175'000.--. In diesem Preis ist auch die Erstellung der provisorischen Parkplätze von rund Fr. 10'000.-- enthalten. Die Kreditbewilligung ist traktandiert auf die Stadtratssitzung vom 29.3.11, und die Kosten werden in der Laufenden Rechnung verbucht werden.

**2.2 Mündliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege****Harry Baldegger:**

Wie haben sich die Gesamtkosten der Wasserversorgung seit der Vergabe des Betriebsführungsmandats an die Erdgas Zürich AG entwickelt. Mich interessiert der Vergleich der Jahre 2006/2007/2008 zu den Jahren 2009/2010.

**Stadtrat Patrick Stutz:**

2006 hatten wir einen Bruttoaufwand von 2,781 Mio. Franken, 2007 2,432 Mio., 2008 2,621 Mio., 2009 3,075 Mio. und 2010 3,434 Mio. Franken. In diesen Bruttoaufwendungen sind Abschreibungen und Zinsen enthalten, diese haben sich seit 2006 - 2010 um rund 300'000 Franken erhöht. Weiter enthalten sind Wasser-, Energiebezug und Heizmaterial von Dritten. Wir müssen also auch Wasser einkaufen, diese Kosten haben sich um rund 200'000 Franken erhöht. Hinzu kommen die internen Verrechnungen. Diese haben sich von 2006 - 2010 von 62'000 auf 118'000 Franken erhöht. Darüber hinaus hatten wir 2009 und 2010 ausserordentliche Aufwendungen im Rahmen der Umwandlung „Betriebsführungsmandat“. Dann gab es noch Transitorische Korrekturen beim Wassereinkauf, weil Rechnungen verspätet eingetroffen sind - von 2009 auf 2010 rund 70'000 Franken. Wird all dies vom Bruttoaufwand abgezogen, resultiert der Nettoaufwand - das, was das Betriebsführungsmandat schliesslich kostet. Aber auch in diesem Nettoaufwand ist nicht nur das Betriebsführungsmandat, sondern noch Wasserrohrbrüche usw. enthalten. Die Nettoaufwände betragen 2006 1,097 Mio. Franken, 2007 650'000, 2008 677'000, 2009 1,104 Mio. und 2010 1,088 Mio. Franken. 2007 und 2008 waren wir personell sehr unterdotiert und gewisse Leistungen konnten nicht mehr im normalen Umfang erbracht werden, deshalb die tiefen Nettoaufwände. Vergleicht man 2006 und 2010, sind wir mit dem Betriebsführungsmandat rund 9'000 Franken günstiger. Es gilt aber zu erwähnen, dass die Gas- und Wasserversorgung, wie wir sie damals hatten, in der heutigen Situation - nur noch mit Wasser - so nicht mehr geführt werden könnte. Die Leute hatten im Gas- und im Wasser-Bereich Doppelfunktionen. Zu den Investitionen: Im 2006 hatten wir 609'000 Franken, im 2010 3,1 Mio. Franken, was auch höhere Abschreibungen zur Folge hat. Die Gebührenerträge und der Wasserverbrauch blieben ungefähr gleich. In der Rechnung 2010 gibt es gegenüber dem Budget eine Differenz, weil wir bezüglich der Einwohnerentwicklung von Adliswil andere Zahlen angenommen haben.

**Clemens Ruckstuhl:**

Ich revidiere eine Aussage, die ich vorhin gemacht habe: Die Karte bezüglich Feuerungsmodelle 1 und 2, die auf meinen schriftlichen Fragen basierte, ist fehlerhaft. Die diesbezügliche Aussage nehme ich zurück und entschuldige mich dafür. Am Rest halte ich aber fest.

**Nicole Kappeler:**

Im Zusammenhang mit den Abbruchplänen der alten Verwaltungsgebäude möchte ich wissen, ob aus den grossen Zentrums Ost-Planungsprojekten von über 1 Mio. Franken noch Projekte mit Verbindlichkeiten vorhanden sind, die einer neuen Projektierung im Wege stehen könnten. Können Projekte und Ergebnisse, die für dieses Areal bereits vorlagen und viel Geld gekostet haben, in ein neues Projekt einbezogen werden?

**Stadtrat Walter Müller:**

Ich nehme die Fragen auf und werde sie an der nächsten Ratssitzung beantworten.

**Hanspeter Clesle:**

Im Protokoll der letzten Ratssitzung steht auf S. 184 und 184, dass das AWEL prüfe, ob ein Entlastungskanal von Langnau nach Thalwil gebaut werden könne, um so das Sihlgebiet zwischen Langnau und Limmateinmündung zu entlasten. Falls diese Variante nicht möglich sei, werde die Hochwasserplanung im Zentrum Adliswil wieder aufgenommen. Falls die Variante „Entlastungskanal“ Langnau-Thalwil zum Zug kommt, wird dann die Hochwasserentlastung im Adliswiler Zentrum nicht realisiert? Oder anders gefragt: Sind all die Bemühungen um den Sihluferweg umsonst gewesen?

**Stadtrat Patrick Stutz:**

Einerseits möchte man vor Langnau einen Rechen einbauen - dies wird im Mai beim Kanton besprochen. Dadurch könnte das Triebholz, das mit dem Hochwasser käme, zurückgehalten werden. Andererseits prüft der Kanton einen Entlastungskanal, der in Langnau in den Boden verlegt und in Thalwil direkt in den Zürichsee münden würde. Dieser Entlastungskanal ist primär für die Stadt Zürich geplant, insbesondere für den Bahnhofbereich, weil man dort mit einem 1000-jährigen Hochwasser rechnet. Im Bahnhofbereich sind sehr hohe Investitionen getätigt worden, und die bedürfen nun entsprechender Schutzmassnahmen. Ob es im Falle eines Entlastungskanals fürs Adliswiler Zentrum noch Massnahmen braucht, konnte das AWEL nicht definitiv sagen, voraussichtlich aber nicht, denn der Entlastungskanal würde auch bei uns das Risiko eines grossen Hochwassers vermindern. Die Idee mit dem Entlastungskanal ist neueren Datums, deshalb wurde das ältere Projekt „Hochwasserschutz-Massnahmen fürs Adliswiler Zentrum“ zurückgestellt.

**Roger Neukom:**

An der letzten Budgetdebatte hatte ich zum Thema „Problemliegenschaften“ Fragen gestellt. Als die Presse zirka einen Monat später darüber berichtete, erhielt ich viele Reaktionen aus der Bevölkerung. Daraus ergeben sich neue Fragen: Aus welchen Personen setzt sich die städtische Arbeitsgruppe, die sich diesem Thema annimmt, zusammen? Welches Ziel hat diese Arbeitsgruppe? Wann sind erste Resultate zu erwarten?

**Stadträtin Astrid Romer:**

Die Arbeitsgruppe setzt sich im Moment zusammen aus Mitarbeitenden der Ressorts Bau und Planung, Sicherheit und Gesundheit und Soziales. Die Leitung hat der Stadtschreiber Alexandre von Rohr inne. Ziel der Arbeitsgruppe ist herauszufinden, was machbar und sinnvoll ist und wie man vorgehen kann. Resultate können erst vorliegen, wenn man weiss, wie man vorgehen kann. Deshalb kann ich noch nicht sagen, wann konkrete Beschlüsse gefasst und Massnahmen er-

griffen werden können.

**Peter Werder:**

In unseren Nachbargemeinden ist das Thema „Hochspannungsleitungen“ aktuell. Vor allem Kilchberg und Thalwil diskutieren darüber öffentlich und sehr hitzig. Auch in Adliswil im Bereich Birkenstrasse und Wachtstasse gibt es Hochspannungsleitungen. In der Presse konnte man lesen, dass diese Leitungen versetzt werden sollen. Die Nachbargemeinden sprechen sich in solchen Fällen dafür aus, dass die Leitungen in den Boden versetzt werden. Dazu habe ich folgende Fragen: Werden in Adliswil Hochspannungsleitungen versetzt, und können diese auch unterirdisch verlegt werden? Setzt sich die Stadt Adliswil z. B. in Interessengemeinschaften oder anderen Gremien dafür ein, dass solche Hochspannungsleitungen in den Boden verlegt werden können? Ist damit zu rechnen, dass in benachbarten Gemeinden Hochspannungsleitungen oberirdisch bis zur Adliswiler Gemeindegrenze verlegt werden könnten?

**Stadtrat Patrick Stutz:**

Auch Adliswil setzt sich für unterirdische Hochspannungsleitungen ein - dies schon seit ungefähr 25 Jahren. Es ist nicht so, dass die bestehende Leitung einfach versetzt würde, sondern es würde eine neue Leitung gebaut, weil die Kapazität erhöht würde. Die Leitung, die von Wollishofen kommt und bis „Im Tal“ hinten bei der Mulde geht, würde in den Boden verlegt, und dann von der Mulde bis Rüschlikon als Hochspannungsleitung weitergeführt. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Leitung bis nach Rüschlikon unterirdisch geführt wird. Im Moment ist aber aufgrund verschiedener Einsprachenrechte ein Verfahren hängig, Adliswil ist daran nicht beteiligt. Ein Teil der Forderungen aus den 90er Jahren - unterirdische Führung der Leitung - wurde erfüllt. Unterdessen hat sich auch unser Interesse, insbesondere mein Interesse, geändert: Wir möchten gar keine Hochspannungsleitungen mehr. In einem laufenden Verfahren wird aber das Projekt nicht geändert, denn mit einer Projektänderung würden Einsprachen von neuem erfolgen. Im Moment ist also das EWZ - das ist die Bauherrin - nicht bereit, Kompromisse einzugehen, bis das rechtliche Verfahren abgeschlossen ist. Wir haben grad letzten Montag mit den EWZ wieder ein Gespräch gehabt - Konkretes ist noch offen. Wir sind aber auch Mitglied des Vereins „Hochspannungsleitung unter den Boden“, wo wir zeigen müssen, wie gross unsere Bereitschaft ist, Leitungen unterirdisch zu führen.

**Ueli Gräflein:**

Im Legislaturplan 2010 - 2014 ist unter Punkt 2 „Wohnen und Leben im Alter“ beschrieben. U. a. steht, dass Adliswil mit 19 % einen überdurchschnittlich hohen Anteil an über 65-jährigen Menschen aufweist. Wie viele von diesen 19 % können in Altersheimen und Wohngruppen untergebracht werden? Wie sieht die Situation aus, wenn bis nächstem Adliswil um zirka 3'000 Menschen wächst? Und die Rede ist davon, dass Adliswil in den nächsten Jahren nochmals um rund 3'000 Menschen wachsen könnte. Wie sieht das Szenario aus, wenn diese Leute einmal 70 oder 80 Jahre alt sind - gibt es da eine entsprechende Planung?

**Stadträtin Susy Senn:**

Ich kann dies nicht aus dem Stegreif beantworten. Deshalb bitte ich um schriftliche Zustellung der Fragen, ich werde dann die Fragen gerne an der nächsten Sitzung beantworten.

### 3. Einbürgerungsgesuche

**Es wurden 8 Einbürgerungsgesuche gutgeheissen.** Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes im Protokoll nicht.





#### 4. Legislaturziele 2010 – 2014 (SRB 299/2010)

##### Beratung und Kenntnisnahme

##### Eintretensdebatte

##### Hanspeter Clesle, Präsident der Sachkommission:

Die Legislaturziele sind in fünf Themenkreisen eingeteilt, welchen der Stadtrat bezüglich der Lebensqualität und der Standortattraktivität höchste Priorität zu-misst.

##### Förderung der Zentrumsattraktivität

Das Zentrum soll beidseitig der Sihl durch drei Teilprojekte aufgewertet werden: neue Überbauung des Stadthausareals, Bushof Florastrasse mit Tiefgarage und Aufwertung des Bahnhofplatzes. Die Machbarkeitsstudie zur Überbauung des Stadthausareals wird von der Sachkommission mit grossem Interesse erwartet, insbesondere dahingehend, ob die Anliegen der Bevölkerung, welche anlässlich des Workshops, zu dem der Stadtrat eingeladen hatte, entsprechend berücksichtigt werden. Wichtig ist uns, dass alles korrekt aufgegleist wird, wie z. B. allfällig bestehende Altlasten, Rückbau der bestehenden Gebäude usw. Die Förderung der Zentrumsattraktivität wird entscheidend davon geprägt werden, wie dieses Areal überbaut und zukünftig genutzt wird. Den Bau eines Bushofes mit einer Tiefgarage begrüssen wir. Die wartenden Busspassagiere benützen zurzeit den zum Wartehäuschen umfunktionierten Velounterstand der ZSU. Dieses „Providurium“ trägt bestimmt nicht zu Förderung der Attraktivität des Zentrums bei und ist kaum ein Motivator, die Benützung des öffentlichen Verkehrs zu steigern. Eine öffentliche Tiefgarage würde einerseits Pendler nach Zürich zu einem Umstieg auf den öffentlichen Verkehr bewegen und so die nahe gelegenen Stadtzentren im Strassenverkehr entlasten. Andererseits wird so die Attraktivität zum Einkaufen in Adliswil gefördert. Letzterem soll eine hohe Priorität beigemessen werden. Eine Aufwertung des Bahnhofplatzes ist zu begrüssen. Der Platz lädt im Moment nicht zum Verweilen ein. Der Brunnen wird z. B. nicht mit Trinkwasser, sondern mit Chemie behandeltem Wasser betrieben. Dass beinahe ausschliesslich Banken den Platz umringen, dient der Aufwertung des Platzes nur in geringen Massen.

##### Wohnen und Leben im Alter

Diese Thema ist und bleibt eine zentrale Frage, die uns alle beschäftigt. Adliswil weist einen überdurchschnittlichen hohen Anteil an Menschen auf, die über 65 Jahre alt sind. Dieser Anteil wird in Zukunft steigen. Aufbau von Quartierstützpunkten, Förderung der Eigeninitiativen und der Freiwilligenarbeit tönt sehr gut. Wir sind gespannt, wie der Stadtrat das erreichen wird. Bei der Vernetzung der sozialen Kontakte und Nachbarschaftshilfen mit dem Ziel, das selbständige Wohnen im Quartier möglichst lange zu unterstützen, könnte eine Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen hilfreich sein. Pflegende Angehörige sind wichtige Pfeiler des heutigen Gesundheitswesens, die in verschiedenen Bereichen vermehrt direkt unterstützt werden müssen. Schaffung von neuen Pflegeplätzen wird notwendig, wenn man bedenkt, dass jeder dritte Mensch über 80 Jahren an Demenz oder Alzheimer erkrankt. Diese Themen bedürfen eines besonderen Augenmerks.

##### Integration der Schule in die Stadtverwaltung und in den Stadtrat

Diese Integration ist auch das Ziel des Gemeinderates. Die Einbindung ist be-

kanntlich im Gange. Die Nutzung der Synergien in den sozialen und anderen Bereichen kann nur von Nutzen sein. Wir gehen davon aus, dass die Integration der Schule in die Stadtverwaltung und in den Stadtrat in dieser Legislaturperiode realisiert werden kann.

Nachhaltige Gebietsentwicklung Adliswil Nord. Das Gebiet Adliswil Nord, auch „Adlishill“ genannt, soll in den nächsten Jahren stetig erweitert werden, was logischerweise den Bau eines weiteren Schulhauses und eine Zonenplanänderung mit sich bringt. Der Raumplanung und der Quartierserschliessung soll grösste Beachtung geschenkt werden.

#### Sauberkeit im öffentlichen Raum

Die Sauberkeit auf Strassen, Plätzen, Wiesen und in Wäldern lässt an einigen Stellen zu wünschen übrig. Die Ziele, die sich der Stadtrat gesteckt hat, sind zu unterstützen. Im Bereich Littering ist der Litter Club Adliswil eine gelungene Organisation. Mit Interessen verfolgen wir im Besonderen die Überarbeitung des Konzepts der Abfallsammelstelle. Zusammenfassend sind wir einstimmig der Meinung, dass der Stadtrat die richtigen und wichtigen fünf Themenkreise für die laufende Legislatur festhält. Leider ist aber keine Aussage über die Finanzen zu finden. Wie soll sich der Finanzhaushalt in dieser Legislaturperiode entwickeln, wie soll der Steuerfuss in vier Jahren aussehen? Dies wäre mit Bestimmtheit ein weiterer Themenkreis wert gewesen. Die Sachkommission nimmt die Legislaturziele 2010 - 2014 zur Kenntnis und hofft, dass möglichst alle erreicht werden.

#### Stadtpräsident Harald Huber:

Wie sind wir zu diesem Legislaturplan gekommen? Wir hatten das Ziel, möglichst wenige, aber möglichst konkrete Ziele zu formulieren, die kurz und nachvollziehbar sind, und wenn möglich jedes auf seine Art messbar ist. Wir haben sowohl auf der Ebene Stadtrat als auch auf der Ebene Ressortleitende Workshops durchgeführt. Dabei haben wir die grossen laufenden und geplanten Projekte zusammengetragen. Mit einer externen Begleitung haben wir die Projekte der Verwaltung gefiltert, die Themenschwerpunkte des Stadtrates gegenüber gestellt, und die Projekte den Themenschwerpunkten zugeordnet, priorisiert und politisch gewertet. So ist ein kleines, einfaches und gut lesbares Papier mit wenigen Schwerpunkten entstanden. Ich hoffe, diese sind für Sie nachvollziehbar. Es freut mich, wenn Hanspeter Clesle sagt, dass es die richtigen Schwerpunkte sind. Die Finanzen haben wir bewusst nicht erwähnt, weil wir meinen, dass wir in den letzten Jahren genügend darüber gesprochen haben. Es gibt andere, auch brennende Themen, auf die wir unser Augenmerk richten und daran arbeiten, dass auch bei diesen Themen Fortschritte erzielt werden. Bei den Finanzen haben wir bereits Fortschritte erzielt.

#### Fredi Morf:

Die SVP-Fraktion hat die Legislaturziele eingehend besprochen. Wir begrüssen die Massnahmen im Bereich Sauberkeit. Gerade die zusätzlichen Abfallkübel und der vor kurzem gegründete Litterclub zielen in die richtige Richtung und haben schon erste Verbesserungen gebracht. Die Zentrumsplanung ist ein sehr wichtiges Legislaturziel. Noch nie war eine so grosse Fläche im Zentrum von Adliswil zur Neugestaltung frei. Das ist eine Chance, aber auch ein Risiko. Deshalb ist wichtig, dass trotz Euphorie eine Gesamtschau vorgenommen wird. Wenn wir daran denken, was mit dem Busbahnhof und der Neugestaltung des Bahnhofareals erreicht werden kann, ist doch einiges im Umbruch. Hier wie auch

beim Areal des ehemaligen Stadthauses - ist es wichtig, dass die Bedürfnisse von allen Adliswilerinnen und Adliswilern berücksichtigt werden. Die SVP-Fraktion unterstützt den Stadtrat in seinem Ziel, die Schule in die Stadtverwaltung und den Stadtrat zu integrieren. Wir weisen aber darauf hin, dass das bestehende Know-How, gerade von den Angestellten der schulischen Liegenschaften, nicht leichtfertig preis gegeben werden darf. Vielmehr müssen diese Personen angemessen in einer gemeinsamen Liegenschaftenabteilung berücksichtigt werden. Es braucht da ein spezielles Fingerspitzengefühl.

#### **Mario Senn:**

Aus Sicht der FDP-/EVP-Fraktion hat der Stadtrat die wichtigsten Punkte aufgenommen. Für uns besonders erfreulich sind Ausdrücke wie „private Investoren“, Eigeninitiative, Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe. Dies ist für die Möglichkeiten unserer Stadt aufgrund der finanziellen Restriktionen angemessen. Wichtig ist für uns aber auch, dass Worte wie „fördern“ nicht einfach bedeuten, die Probleme mit Geld zu lösen, da gibt es andere Massnahmen. Alles in allem handelt es sich um eine saubere Problemanalyse. Aber die Finanzen fehlen gänzlich. Dies ist doch sehr interessant, wenn man sich an die Beantwortung der Interpellation Wettstein vor zirka einem Jahr erinnert, wo der Stadtrat erklärt hat, Finanzen und Steuern sind wichtig. Und es ist umso erstaunlicher, wenn in der Präambel der Legislaturziele von Standortattraktivität die Rede ist, und man diesen Faktor einfach ausblendet. Dennoch nehmen wir die Legislaturziele zur Kenntnis.

#### **Farid Zeroual:**

Auch die CVP-Fraktion würdigt die Legislaturziele - der Stadtrat hat die richtigen Themenschwerpunkte gefunden:

- die Zentrumsattraktivität ist ein Dauerbrenner Wohnen im Alter adressiert die demographische Herausforderung, die wir haben die Integration der Schule ist eine Zielsetzung, die der Gemeinderat vorgegeben hat die Gebietsentwicklung Nord ist in vollem Gange, die Entscheidung wurde schon lange getroffen, wir erwarten dort viele neue Adliswilerinnen und Adliswiler, und es wird auch einige Herausforderungen geben, z. B. wegen neuem Schulraum Sauberkeit im öffentlichen Raum ist ebenfalls ein Dauerbrenner. Was mir aber fehlt: Es sind - anders als bereits gesagt - wenig konkrete und messbare Ziele wie z. B. was bekommt die Bürgerin per wann, welcher Nutzen wird per wann gestiftet durch das Erreichen von welchem Ziel. In einem Punkt nehme ich den Stadtrat für die nächsten vier Jahre in die Pflicht: Ein messbares Ziel ist die Integration der Schule in die Stadtverwaltung und in den Stadtrat. Bis jetzt wissen wir nicht, wie viel dieses Projekt kosten wird. Wir hoffen, dass bei der Umstrukturierung Effizienzgewinn ausgewiesen werden kann, damit der Nutzen für den Bürger ersichtlich wird.

#### **Detailberatung**

1. Ziel „Förderung der Zentrumsattraktivität“: keine Wortmeldung
2. Ziel „Wohnen und Leben im Alter“: keine Wortmeldung
3. Ziel „Integration der Schule in die Stadtverwaltung und in den Stadtrat“: keine Wortmeldung
4. Ziel „Nachhaltige Gebietsentwicklung Adliswil Nord“: keine Wortmeldung
5. Ziel „Sauberkeit im öffentlichen Raum“: keine Wortmeldung

Somit wurden die Legislaturziele 2010 – 2014 zur Kenntnis genommen.

## 5. Volksinitiative Schulsozialarbeit (SRB 332/2010)

**Antrag des Stadtrates, die Volksinitiative „Für eine flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit“ abzulehnen und die Weisung zur Urnenabstimmung zu verabschieden**

**Daniel Frei, Referent der RGPK:**

Schulsozialarbeit - ein viel diskutiertes Thema im Rat, in der Schulpflege und auch in den Fraktionen. In einem zentralen Punkt sind sich praktisch alle einig: Im heutigen gesellschaftlichen Spannungsfeld ist der Einsatz von Schulsozialarbeit nicht wegzudenken. Wann und in welcher Form die Schulsozialarbeit zum Einsatz kommen soll - da scheiden sich die Geister. Soll das Schwergewicht auf Prävention oder Intervention gelegt werden? Wann sind die Eltern, Lehrpersonen oder Schüler in der Pflicht, allfällige Problemstellungen selber zu meistern? Muss die Schulsozialarbeit immer vor Ort sein oder ist eine Poollösung die bessere Organisation? Dies sind nur ein paar Fragen aus dem Gesamtkatalog. Aber schon da gibt es fast so vielen Meinungen wie Anwesende. Jedoch bilden die Antworten eine wichtige Grundlage, um die Anzahl Schulsozialarbeiterinnen zu definieren. Die einen sind zufrieden mit der Minimalvariante gemäss den Empfehlungen des kantonalen Amtes für Jugend und Berufsberatung. Die andern wollen mindestens die Maximalvariante an Stellen. Bei unseren aktuellen Schülerzahlen läge die Minimalvariante bei 1,59 Stellen, die Maximalvariante bei 2,39. Vorschläge und Gegenvorschläge bezüglich der Anzahl Schulsozialarbeiter wurden im Rat in der vergangenen Zeit jeweils abgelehnt. Deshalb hat die SP eine Initiative lanciert und die notwendigen Unterschriften gesammelt.

Der Stadtrat hat mit seinem Beschluss vom 06. Juli 2010 die Volksinitiative "für eine flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit" als zustande gekommen und am

16. November 2010 für gültig erklärt. Die Initiative fordert 3,5 Stellen plus 0,2 Stellen für Koordination und Leitung. Dies entspricht zusätzlich 1,8 Stellen, was mit jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 210'000.-- verbunden wäre. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Aufstockung, wie sie die Initiative fordert, unangemessen ist, einerseits weil sie über den kantonalen Empfehlungen, andererseits auch über dem Niveau vergleichbarer Parlamentsgemeinde liegt. Der Stadtrat hat auch eine Aufstockung der Schulsozialarbeit um 1,42 Stellen zur Ablehnung empfohlen; er hat sich für die Motion Barmettler/Wettstein stark gemacht, welche einer Aufstockung von 0,77 Stellen entsprochen hätte.

Die RGPK ist grossmehrheitlich der Ansicht, dass die Initiative bezüglich Nutzen und Ertrag über das Ziel hinaus schießt, und dass eine faktische Verdoppelung der Stellen nicht zwingend eine Verdoppelung des Nutzens ergibt. Deshalb empfiehlt die RGPK, den Empfehlungen des Stadtrates zu folgen.

**Farid Zeroual:**

Zur Ergänzung zum Votum von Daniel Frei: Die RGPK hat sich nicht einstimmig für den Antrag des Stadtrates ausgesprochen.

**Yannick Wettstein:**

Die FDP unterstützt die vorliegende Initiative der SP nicht - die wesentlichen Argumente liegen auf dem Tisch. Wir haben uns von Anfang an zur Schulsozialar-

beit bekennt und haben der bisherigen Stellenschaffung auch zugestimmt, denn wir kennen die positiven Effekte, die von der Schulsozialarbeit ausgehen können. Für uns kam aber nur eine personell und finanziell verhältnismässige Lösung in Frage. Der Begriff der Verhältnismässigkeit ist natürlich politisch unterschiedlich definiert. Unsere Definition kam in der Motion Barmettler/Wettstein in den beiden Elementen „flächendeckende Einführung“ und „Umfang im Rahmen der kantonalen Empfehlungen“ zum Ausdruck. Die Motion fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Interessant ist, dass alle Befürworter der Ausweitung der Schulsozialarbeit eine klare Mehrheit ergeben. Insbesondere die SP und die Schule sind aber auf tutti gegangen. Unser Angebot, das wir mit der Motion gemacht haben, steht grundsätzlich weiterhin. Im Falle einer Ablehnung der Volksinitiative wird es interessant sein, wie die anderen Parteien reagieren werden.

#### **Carmen Marty Fässler:**

Auch wenn das Thema wieder auf dem Tisch ist: Es ist ein wichtiges und zentrales Thema für die ganze Arbeit in der Schule. Wir von der SP finden es weiterhin ganz wichtig, dass in allen Schulen von Adliswil, also flächendeckend, Schulsozialarbeit eingeführt wird. Es darf nicht sein, dass nur drei Schulhäuser diese notwendige Ansprechperson mit fachlicher Kompetenz für Schüler, Lehrpersonen, Eltern und Schulleitende haben. Im Protokollauszug des Stadtrates vom 14. Dezember 2010 wird ein Vergleich aufgeführt mit anderen Zürcher Parlamentsgemeinden. Der Vergleich ist nur bedingt aussagekräftig, da er sich auf die Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner bezieht, Schulsozialarbeit sich aber an der Anzahl Schülerinnen und Schüler ausrichten sollte. Aussagekräftiger ist der folgende Vergleich mit der Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Sozialarbeiterstelle:

Gemeinden Anzahl Schüler pro 100%- SSA-Anstellung

Wädenswil	503
Richterswil	486
Adliswil	724 (Grundlage 1'377)
Hausen a.A.	446
Urdorf	652
Schlieren	530
Thalwil	557

Bei Annahme der Initiative und aktuellen Schülerzahlen hätte Adliswil 100 % Schulsozialarbeit auf 410 Schülerinnen und Schüler. Sehr speziell empfinden wir die Haltung des Stadtrates. Der Stadtrat hatte den Antrag der Schulpflege vom 24.09.2009 über 210'000 Franken damals zur Annahme empfohlen. Heute stellt sich der Stadtrat gegen unsere Initiative. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass die jährlich wiederkehrenden Kosten für die Aufstockung der Schulsozialarbeit von 210'000 Franken gut in die Zukunft investiert wären. Wenn Schulsozialarbeit präventiv wirkt und so Schlimmeres wie z. B. Heimzuweisungen verhindern kann, ist das nur recht. Aus all unseren Überlegungen werden wir zum Antrag des Stadtrates „nein“ stimmen. Auch die beiliegende „Weisung zur Urnenabstimmung“ werden wir ablehnen, da die Sicht der Schule teilweise fehlt.

#### **Hanspeter Clesle:**

Die EVP hat die Schulsozialarbeit immer unterstützt. Wie bekannt, wurden zwei Vorlagen mit Stichentscheid abgelehnt. Wir bedauern, dass der Rat nicht den Kompromiss, den die Motion der FDP anstrebte, gutgeheissen hat. Es ist schade, dass die Volksinitiative zustande gekommen ist, denn es ist ein Risiko, und die

Verantwortung haben die Initianten zu tragen. Ich gehe nämlich davon aus, dass die Initiative vom Volk verworfen wird. Dann haben wir nichts, und dann wird man wieder mit der Kompromisslösung kommen, die auf der kantonalen Empfehlung basiert. Für die EVP schießt die Initiative übers Ziel hinaus, deshalb wird sie nicht unterstützt.

## **Beschlüsse**

5.1 Die Volksinitiative „Für eine flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit“ wird abgelehnt:

Zustimmung mit 20 : 11 Stimmen.

5.2 Die beiliegende „Weisung zur Urnenabstimmung vom xx.xx.2011 - für eine flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit“ zuhanden der Urnenabstimmung vom xx.xx.2011 wird mit dem Resultat der Beratungen aus dem Gemeinderat ergänzt und verabschiedet:

Zustimmung mit 21 : 8 Stimmen.

## 6. Kiss and Ride

### Postulat von Peter Werder und 12 Mitunterzeichneten betr. Kiss and Ride beim Bahnhof Adliswil, Begründung

Am 8. Februar 2011 haben Peter Werder und 12 Mitunterzeichnete folgendes Postulat eingereicht:

„Der Stadtrat wird eingeladen, Massnahmen baulicher Art zu prüfen, damit beim Bahnhof Adliswil Zugreisende von einer Drittperson mit einem Auto hingebbracht bzw. abgeholt werden können und dafür separate, dafür vorgesehene Plätze nutzen können. Diese sind in diesem Sinn als Kiss+Ride (K+R) Plätze zu kennzeichnen. Es handelt sich bei K+R explizit nicht um Park-, sondern um Halteplätze, diese Räume dienen lediglich dem kurzen Ein- oder Ausladen von Zugreisenden (vergleiche dazu Park- versus Halteverbot).

#### Begründung

Momentan ist zu beobachten, dass viele Zugreisende zum Bahnhof gebracht und später dort auch wieder abgeholt werden, dass aber dafür keine Warterräume für Autos bestehen. Oft wird dadurch der Bus oder der private Verkehr behindert, weil die Wartenden im Raum Florastrasse keinen K+R Platz vorfinden. Die Nutzung des öffentlichen Verkehrs (und aus Sicht Adliswils im Speziellen der SZU) soll aber möglichst einfach und unkompliziert sein. Die FDP ist für die Schaffung von Anreizen zugunsten des öffentlichen Verkehrs – ein solcher Anreiz kann es sein, wenn der Zugang zum Bahnhof mit dem Auto einfach und unkompliziert ist. Für Menschen, die für einen Fussweg zu weit weg vom Bahnhof wohnen oder nicht mehr gut zu Fuss sind, kann es darum für die ÖV-Nutzung entscheidend sein, wenn sie mit dem Auto hingebbracht bzw. wieder abgeholt werden. Diejenigen Personen, welche die Zugreisenden mit dem Auto fahren, können die Fahrt zum Bahnhof mit einem weiteren Ziel verbinden (zum Beispiel für den eigenen Arbeitsweg, wenn sie die öffentlichen Verkehrsmittel nicht benutzen können). Dabei ist entscheidend, dass im Raum des Bahnhofes spezielle K+R Warterräume für Autos bestehen. Gerade das Wachstum von Adliswil, das auch eine räumliche Ausdehnung und damit eine Verlängerung der Anreisewege zum Bahnhof Adliswil mit sich bringt, machen eine K+R Zone beim Bahnhof Adliswil nötig. K+R Plätze existieren bereits in vielen Ländern, so zum Beispiel in Deutschland, Holland, Tschechien, in den USA, in Taiwan, Österreich oder in Australien.

Der Stadtrat wird eingeladen, die planerischen und baulichen Massnahmen zu ergreifen, damit eine K+R Zone beim Bahnhof Adliswil entsteht.“

#### Peter Werder, Erstunterzeichneter des Postulates:

Vielleicht haben Sie sich gefragt, wieso das Postulat jetzt eingereicht wurde. Die Planung ist im Gange, man kann über die Gestaltung des Areals diskutieren, es ist noch nicht zu spät. Mit der Zustimmung zur Überweisung können Sie zum Ausdruck bringen, dass es Ihnen wichtig ist, das Problem zu lösen. Der jetzige Zustand ist nicht angenehm, denn wenn man jemand abholen möchte, gibt es schlicht keinen Platz. Sie können argumentieren, dass man das am Bahnhof Sood machen kann. Wenn Sie gegen ein Kiss and Ride sind, ist das auch ein Zeichen für den zuständigen Stadtrat, dies entsprechend zu berücksichtigen. Es würde mich aber freuen, wenn Sie das Postulat unterstützen können.

**Stadtrat Patrick Stutz:**

Anreize zu schaffen, dass die Leute den öffentlichen Verkehr benutzen, ist dem Stadtrat sehr wichtig. Deshalb freut es uns auch, dass der Ortsbus ausgebaut und im 20-Minuten-Takt verkehren wird. Diese Bemühungen haben wir schon im letzten Jahr eingeleitet. Mit diesem Ausbau werden die Anbindungen an die S4 bedeutend besser. Wir möchten, dass die Leute den Ortsbus nehmen, statt mit dem Auto zum Bahnhof zu fahren. Die jetzigen Platzverhältnisse lassen leider keine Kiss and Ride-Parkplätze zu. Wir haben nebst der Strasse kein Grundstück, es sind alles private Grundstücke. Im Rahmen des Konzeptes für den Busbahnhof sind Kiss and Ride-Parkplätze bereits angedacht, sie haben aber nicht oberste Priorität. Wichtiger sind für uns einerseits die Platzverhältnisse für die Haltestellen, damit der Ortsbus und auch die anderen Busse, die wir im Zentrum haben, optimal zufahren können. Andererseits möchten wir eine direkte Anbindung vom Busbahnhof an den Perron. Aber auch der Bus-, Velo-, Fussgänger- und Individualverkehr sind wichtiger als Kiss and Ride. Man kann natürlich auch das Parkhaus verwenden, die erste Viertelstunde ist gratis, und es sind rund 50 m zum Laufen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kiss and Ride-Parkplätze in einem angemessenen Rahmen realisiert werden können. Es wird aber nicht so sein wie in Affoltern a. A.: Wenn der Zug einfährt, warten dort 30 - 40 Autos - diese Platzverhältnisse werden wir nie haben. Für uns wäre es „nice to have“. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat nicht zu überweisen. Die Anliegen sind angekommen, wir werden uns darum kümmern.

**Peter Werder:**

Es ist gut, wenn man mit dem Bus zum Bahnhof fahren kann, und wir begrüßen es, wenn es mehr Busse gibt. Es wird aber auch immer Leute geben, die den Bus aus verschiedenen Gründen nicht nutzen können. Ein Kiss and Ride ist zwar in der Planung vorgesehen, aber mit tiefer Priorität. Umso wichtiger ist, dass wir dieser Sache mit diesem Postulat eine höhere Priorität einräumen. Es ist ein Witz, davon auszugehen, dass man 15 Minuten im Parkhaus parkiert. Das müsste entsprechend signalisiert werden, und ich glaube nicht, dass dies der Idee der Parkhausbetreibenden entspricht. Die Realität ist eine andere: Sehen Sie sich die Situation morgens um halb acht und abends um fünf Uhr an. Diese Situation haben wir auch, wenn wir kein Kiss and Ride machen. Deshalb bevorzuge ich eine legale Lösung und nicht ein Halteverbot.

**Beschluss**

Das Postulat von Peter Werder und 12 Mitunterzeichneten wird überwiesen:  
Ablehnung mit 15 : 17 Stimmen.

## 7. Waffen in Adliswil (SRB 38/2011)

### Beantwortung der Interpellation von Simon Jacoby und Davide Loss betr. Waffen in Adliswil

Der Stadtrat hat die Interpellation wie folgt beantwortet:

#### 1. Frage:

Wie viele Armeewaffen ehemaliger und aktiver Dienstleistender befinden sich aktuell in privaten Adliswiler Haushaltungen?

Antwort: Die Stadtverwaltung Adliswil hat mangels Zuständigkeit keine Informationen über diese Daten. Zuständig für die Meldung und Verwaltung von Armeewaffen sind folgende Stellen:

- Bundesamt für Polizei, Zentralstelle Waffen, Nussbaumstrasse 29, 3003 Bern
- Kantonspolizei Zürich, SPSA-GD-WS, Postfach, 8021 Zürich
- Militärverwaltung - Kreiskommando des Kantons Zürich, Uetlibergstrasse 113, Zürich

#### 2. Frage:

Wie viele Armeewaffen ehemaliger und aktiver Dienstleistender in Heimlagerung wurden in Adliswil seit dem Jahr 2005 jährlich als gestohlen gemeldet?

Antwort: Die Datenbanken der verschiedenen Polizeikorps werden in der sog. Kriminalstatistik KRISTA nach verschiedenen Kriterien ausgewertet. Die Anzahl gestohlener

Armeewaffen ist aus der KRISTA aber nicht ersichtlich. Die Frage kann somit nicht beantwortet werden.

#### 3. Frage:

Wie oft wurden in Adliswil Feuerwaffen als Druck- oder Drohmittel in Fällen häuslicher Gewalt eingesetzt?

Antwort: Diese Daten sind aus der KRISTA nicht ersichtlich. Die Frage kann somit nicht beantwortet werden.

#### Frage 4:

Wie oft kam es in Adliswil im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt seit dem Jahr 2005 zum Einsatz mit Feuerwaffen? Und mit welchen Folgen?

Antwort: Diese Daten sind aus der KRISTA nicht ersichtlich. Die Frage kann somit nicht beantwortet werden.

#### 5. Frage:

Wie viele Suizide wurden in der Stadt Adliswil in den vergangenen zehn Jahren registriert?

Antwort: In der KRISTA werden Zahlen über Suizide geführt. Eine Auswertung dieser Daten ist aber nur auf Bezirksebene möglich. Über die Anzahl Suizide pro Gemeinde sind keine Zahlen vorhanden.

#### 6. Frage:

Bei wie vielen wurde dabei eine Feuerwaffe verwendet? Wie gross ist dabei der Anteil an Armeewaffen?

Antwort: Vgl. Antwort zu Frage 5. Ausserdem werden Armeewaffen nicht von anderen Feuerwaffen unterschieden.

#### 7. Frage:

Wie interpretiert der Stadtrat die erhobenen Zahlen?

Antwort: Generell wird bei den Auswertungen in der KRISTA nicht zwischen Armeewaffen und anderen Feuerwaffen unterschieden. Mangels vorhandener Zahlen ist der Stadtrat nicht in der Lage, eine Interpretation abzugeben. Die KRISTA ist eine Auswertung kantonaler Datenbanken. Möglicherweise sind über das Bundesamt für Statistik weitere Auswertungen möglich. Da eine Lieferung solcher Auswertungen in der Beantwortungsfrist der Interpellation nicht möglich gewesen wäre, wurde aber auf eine solche Anfrage verzichtet.

8. Frage:

Wo sieht der Stadtrat Handlungsbedarf und was gedenkt er zu unternehmen?  
Gibt es in Adliswil ein Konzept bezüglich Waffen in den Haushaltungen?

Antwort: Die Gesetzgebung über Waffen liegt in der Kompetenz des Bundes. Eine genügende Delegation zum Erlass von weiteren Bestimmungen durch die Gemeinden wurde von Bund und Kantonen nicht vorgenommen. Insofern gibt es in Adliswil kein solches Konzept. Die Stadtverwaltung hat lediglich Vollzugsaufgaben nach Waffenrecht zu erfüllen.

Frage 9:

Welche Auswirkungen hätte die Annahme der Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“ in Bezug auf Adliswil?

Antwort: Da kein Zahlenmaterial auf die obigen Fragen bei der Stadtverwaltung vorhanden ist, kann keine Prognose der Auswirkungen des Abstimmungsergebnisses abgegeben werden.

**Simon Jacoby, zur Beantwortung:**

Die Beantwortung zeigt, dass man über die Waffen in Adliswil keine Ahnung hat. Immerhin geht es um Schusswaffen und Menschenleben, die dabei gefährdet sind. Sokrates sagte einmal: „Ich weiss, dass ich nichts weiss.“ In diesem Sinne danke ich für die Beantwortung.

Schluss der Sitzung: 21.55 Uhr

Für die Richtigkeit:

Ida Hofstetter, Ratssekretärin